
LANDESPOLITISCHE FORDERUNGEN DER AGABY
ZUR LANDTAGSWAHL IN BAYERN 2023

**GLEICHBERECHTIGTES
ZUSAMMENLEBEN**

**in Vielfalt
verbessern –
Partizipation und
Demokratie
fördern**

AGABY

FORDERUNGEN DER AGAGY

<u>FORDERUNG 1</u>	Demokratie	Seite 4
<u>FORDERUNG 2</u>	Antidiskriminierungsarbeit	Seite 8
<u>FORDERUNG 3</u>	Bildung	Seite 12
<u>FORDERUNG 4</u>	Asyl und Geflüchtete	Seite 16
<u>FORDERUNG 5</u>	Arbeitsmarkt und Fachkräfteeinwanderung	Seite 20
<u>FORDERUNG 6</u>	Verwaltung	Seite 24
<u>FORDERUNG 7</u>	Wohnen in Vielfalt	Seite 28
<u>FORDERUNG 8</u>	Kunst und Kultur	Seite 32
<u>FORDERUNG 9</u>	Soziales	Seite 36

FORDERUNG 1

Demokratie

5

Demokratien geraten weltweit in die Defensive. Auch in Deutschland und insbesondere in Bayern gibt es eine schleichende Erosion der gesellschaftlichen Unterstützung. Gleichzeitig lässt unser Staat die aktive politische Teilhabe von einem großen Bevölkerungsteil nicht oder nur sehr begrenzt zu. Wohl wissend, dass viele Menschen mit Migrationsgeschichte sich bewusst wegen der demokratischen Ordnung für ein Leben in Deutschland entschieden haben.

Die große Diskrepanz zwischen Wohnbevölkerung und Wahlberechtigten aufrechtzuerhalten ist einem Einwanderungsland nicht würdig. Unsere Demokratie braucht dringender denn je das politische Engagement von Migrant*innen, die Grenzen für freie Entfaltung müssen schnellstmöglich fallen.

Gleichzeitig ist es unerlässlich, den Feinden der Demokratie entschlossen entgegenzutreten. Rechtsextremismus muss konsequent in all seinen Erscheinungsformen bekämpft werden.

AGABY FORDERT:

- ➔ Bayern soll die Initiative für die Änderung von Artikel 28 (1) des Grundgesetzes ergreifen, um das kommunale Wahlrecht auf alle hierzulande lebenden Menschen auszuweiten.
- ➔ Die Einbürgerung von hier lebenden Menschen soll erleichtert werden. Bayern soll die Bundesregierung in ihrem Vorhaben, Mehrstaatigkeit generell zuzulassen, unterstützen. Die neue bayerische Regierung soll eine Einbürgerungsoffensive starten. Die Einbürgerungsstellen sollen personell so ausgestattet werden, dass lange Wartezeiten, wie derzeit in vielen Kommunen, entfallen.
- ➔ Ein bayerisches Teilhabe- und Integrationsgesetz soll weitgehende Möglichkeiten zur Partizipation garantieren und die Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße Willkommenskultur sichern.
- ➔ Migrant*innenvertretungen (Integrationsbeiräte) auf der kommunalen Ebene und der Landesebene (AGABY) sollen gesetzlich verankert werden.
- ➔ Die interkulturelle Öffnung der Parteien und Gremien soll in der kommenden Legislaturperiode aktiv vorangetrieben werden.
- ➔ Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Demokratieförderung sollen gezielt gefördert werden.
- ➔ Für Migrant*innenselbstorganisationen (MSOs) soll eine Strukturförderung etabliert werden, sie sollen bei der Trägerschaft und Umsetzung von Integrationsmaßnahmen stärker eingebunden werden.

7

- ➔ Gegen alle Formen des Rechtsextremismus muss, auch im virtuellen Raum, konsequent gehandelt werden, mit allen Mitteln, die dem Rechtsstaat zur Verfügung stehen. Die Ächtung von Rechtsextremismus muss in unserer politischen Kultur tief verankert werden (politische Bildung, Prävention, Vorbilder usw.).
- ➔ Die Beratungs- und Unterstützungsstruktur für die Opfer von Rechtsextremismus ist zu verstärken.

FORDERUNG 2

Antidiskriminierungsarbeit

9

Rassismus ist eine Macht- und Herrschaftsstruktur, die, für die Einzelnen oft unbewusst, alle Lebensbereiche durchdringt. Rassismus ist ein System, das tief in unserer Geschichte und Kultur verwurzelt ist. Rassistische Ausgrenzung und Diskriminierung gehören bis heute zu den alltäglichen Erfahrungen vieler Menschen, auch in Bayern. Rassismus und Diskriminierung verletzen Menschen in ihren Rechten und ihrer Würde. Der Schutz aller Einzelnen ist ein Gebot der Verfassung.

Von den Folgen betroffen sind nicht nur die direkten Opfer von individuellen oder strukturellen Rassismen und gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit, sondern auch die gesamte Gesellschaft und unsere Demokratie. Die politische Agenda demokratiefeindlicher Kräfte, Verschwörungsideologen und rechtem Terror (vom NSU bis Halle und Hanau) beruht auf rassistischen und antisemitischen Fundamenten. Ihre Bekämpfung gehört zu den dringlichsten politischen und gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit. In Bayern fehlen trotzdem flächendeckende Beratungs- und Empowerment-Angebote, ein landesweites Monitoring und systematische Präventionsarbeit.

AGABY SETZT SICH FÜR EIN RASSISMUS- UND DISKRIMINIERUNGSFREIES BAYERN EIN UND FORDERT:

- ➔ Ein Landesantidiskriminierungsgesetz soll verabschiedet werden, um die Lücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zu schließen.
- ➔ Bayern soll der 2011 von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes initiierten Koalition gegen Diskriminierung beitreten und die entsprechende Absichtserklärung unterzeichnen.
- ➔ Eine unabhängige Landesantidiskriminierungsstelle ist einzurichten.
- ➔ Ein Netz flächendeckender Antidiskriminierungsstellen soll geschaffen werden, eine Stelle je 70.000 Einwohner*innen gilt als Mindeststandard.
- ➔ Ein konsequentes Monitoring der Diskriminierungen und rassistischen Vorfälle in Bayern muss erfolgen.
- ➔ Die rassismuskritische Bildungsarbeit muss in den Schulen, in der Jugendbildung, aber auch in der Erwachsenenbildung und in der Seniorenarbeit gestärkt werden.
- ➔ Antirassistisches Training muss in die Polizeiausbildung integriert werden. Verfahren, die „Racial Profiling“ ähneln, sind sofort abzuschaffen. Unabhängige Ombudsstellen sind bei der Polizei zur Verfolgung von Beschwerden über rassistische und rechts-extreme Vorfälle in Polizeistrukturen und zum Schutz kritischer Polizist*innen einzurichten.

FORDERUNG 3

Bildung

Gute Bildung ist die wichtigste Voraussetzung für eine gute Zukunft. Die Schülerschaft ist schon längst durch Migration geprägt. Der Anteil von Quereinsteiger*innen wird angesichts der Fluchtbewegungen und des zunehmenden Bedarfs an ausländischen Fachkräften steigen. In unseren Kitas und Schulen wird jedoch weiterhin auf monokulturellem und einsprachigem Habitus beharrt. Diese Bildungsinstitutionen sind kaum in der Lage, der heterogenen Schülerschaft und der kulturellen, sprachlichen und sozialen Vielfalt gerecht zu werden. So werden viele Kinder aus Familien mit Migrationsgeschichte in unserem Bildungswesen benachteiligt. Das findet in ihrer Überrepräsentanz in den Mittelschulen, bei Kindern ohne Schulabschluss und ihrer Unterrepräsentanz in den weiterführenden Schulen Ausdruck. Auch die Tatsache, dass sehr viele Kinder aus Migrantenfamilien das Abitur erst über den zweiten Bildungsweg machen, zeigt, wie oft ihre Talente bei den Schulübergangsempfehlungen unberücksichtigt geblieben sind. Für eine gute Zukunft der jungen Menschen müssen für alle die gleichen Bildungschancen garantiert werden, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Elternhaus. Denn Bayern braucht jedes einzelne Kind.

UM DAS BILDUNGSSYSTEM UND DIE SCHULE VIELFALT- UND MIGRATIONSTAUGLICH ZU MACHEN, FORDERT AGABY:

- ➔ In das Bildungssystem muss mehr investiert werden.
- ➔ Kleinere Klassen müssen zur Normalität werden, damit ein lern-differenzierteres und ganzheitlicheres Unterrichten möglich wird.
- ➔ Die Mehrsprachigkeit der Kinder mit Migrationsgeschichte muss honoriert und gefördert werden. Für ihre interkulturellen Kompetenzen sollen sie mehr Wertschätzung erhalten.
- ➔ Schüler*innen aus Familien, die neu zugewandert sind und die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen, müssen in den ersten sechs Monaten eine gezielte, intensive Sprachförderung bekommen. Anschließend sollen sie so früh wie möglich bei weiterer individueller Förderung in die Regelklasse integriert werden.
- ➔ Teamteaching in Klassen und an Schulen soll für Integrationsaufgaben etabliert werden.
- ➔ Ein Konzept zur Überwindung des Mangels an Lehrkräften ist zu erarbeiten.
- ➔ Die Ausbildung der Lehrkräfte ist zu verbessern, indem
 - Spracherwerb und Sprachförderung im Kontext von Mehrsprachigkeit als verpflichtender Teil und fächerübergreifende Aufgabe in der Lehrkräfteausbildung implementiert wird.
 - Unterricht in den Herkunftssprachen von Migrant*innen als Fremdsprache angeboten wird.

15

- Lehrkräfte zur rassismuskritischen Reflexion und Haltung und für den Umgang mit rassistischen Vorfällen befähigt werden.
 - Lehrkräfte auf die interkulturelle Elternarbeit vorbereitet werden.
- ➔ Lehrpläne und Lehrbücher sind zu verbessern (z.B. Vielfalt und Migration als Normalität, Auseinandersetzung mit Rassismus, Diskriminierung und Kolonialismus).
- ➔ Die Eltern – Schule/ Kita- Kommunikation ist zu verbessern durch:
- mehr Fortbildungen und mehr Zeitressourcen für Lehrkräfte,
 - Finanzierung von Dolmetschereinsätzen
 - mehrsprachige Materialien und Informationsangebote in leichter Sprache für Eltern (auch Videos), z.B. über das Schulsystem und die Einschulung.
- ➔ Die Kitaplatzkapazitäten müssen weiter ausgebaut werden, damit alle Kinder von der frühkindlichen Bildung und Betreuung profitieren können.
- ➔ Das Programm der Sprachkitas für Bayern muss verstetigt werden. Die ausgefallene Bundesfinanzierung soll aus Landesmitteln gesichert werden.
- ➔ Ausländische Studierende, die aufgrund der schwierigen Situation in den Heimatländern in Not geraten sind, müssen gezielt unterstützt werden.
- ➔ Für ausländische Studierende sind mehr Plätze in Wohnheimen zur Verfügung zu stellen. Diese haben aufgrund von rassistischer Diskriminierung auf dem freien Wohnungsmarkt erschwerte Bedingungen.

FORDERUNG 4

Asyl und Geflüchtete

Die Haltung unserer Gesellschaft gegenüber ukrainischen Geflüchteten zeigt, dass Ängste vor „Flüchtlingswellen“ oder „Strömen“ durchaus überwindbar sind. Auch durch die Politik und die Verwaltungen wurden Hürden abgeschafft, die lange als unantastbar galten. Die positiven Erfahrungen bei der Aufnahme von Ukrainer*innen sollten genutzt werden, um die Lebensbedingungen aller Schutzsuchenden zu verbessern. Ihre Integration ist eine wichtige Investition in die Zukunft unseres Landes. Am Anfang dieses Weges stehen der barrierefreie Zugang zum deutschen Bildungssystem und zum Arbeitsmarkt. Das Engagement der Ehrenamtlichen muss anerkannt, unterstützt und qualifiziert werden: Auf ihren Schultern lastet ein Großteil der Aufnahmearbeit der letzten Jahre.

AGABY FORDERT:

- ➔ Die „Anker“-Zentren sind unverzüglich zu schließen. Alle Geflüchteten müssen dezentral untergebracht werden.
- ➔ Geflüchtete sollen gleichmäßig auf die Gemeinden in Bayern verteilt werden.
- ➔ Sprachkurse sind für alle zu öffnen, auch für Menschen mit unsicherer Bleibeperspektive.
- ➔ Die Ressourcen der Beratungsstellen sollen aufgestockt und ihre finanzielle Ausstattung verbessert werden.
- ➔ Vulnerable Gruppen, Frauen, Kinder und queere Menschen müssen einen besonderen Schutz erhalten.
- ➔ In alle Länder, in denen Krieg und Gewalt herrscht, muss ein Abschiebeverbot durchgesetzt werden.
- ➔ Die Ausländerbehörden müssen zu Willkommensbehörden umgestaltet werden, mit hoher interkultureller Kompetenz und einer gelebten Ermöglichungskultur.
- ➔ Für Entscheidungen der Ausländerbehörden müssen einheitliche Standards gelten, die Begründungen müssen für alle nachvollziehbar und transparent sein.
- ➔ Die Kommunen sollen bei ihrer Integrationsarbeit vom Land intensiv unterstützt werden.

FORDERUNG 5

Arbeitsmarkt
und
Fachkräfteeinwanderung

Es war noch nie so offensichtlich wie heute: Infolge der demografischen Entwicklung leidet unsere Wirtschaft nicht mehr unter Arbeitslosigkeit, sondern unter Arbeiterlosigkeit. Betriebe fahren ihre Produktion herunter oder schließen, Geschäfte schränken ihre Öffnungszeiten ein, soziale Einrichtungen und unser Gesundheitswesen geraten an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, weil ihnen das wichtigste Kapital, die menschliche Arbeitskraft, fehlt. Um die Lücke zu schließen, braucht die Bundesrepublik laut der Bundesagentur für Arbeit mindestens eine jährliche Nettozuwanderung von 400.000 Personen. Wenn die sogenannten „Babyboomer“ in Rente gehen, werde sich diese Zahl auf etwa 700.000 im Jahr erhöhen. Da diese Herausforderung nicht nur Deutschland, sondern die meisten Länder in Europa, Amerika und Asien, betrifft, tobt ein globaler Wettbewerb um die Fachkräfte. Als historisch gewachsenes Einwanderungsland hätte hierbei Bayern gute Karten, wenn es schafft, Zuwanderung als Chance und nicht als Gefahr anzusehen und dementsprechend einige verkrustete alte Abwehrmechanismen loszuwerden. Alle, die hierzulande leben, müssen einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Es kann nicht sein, dass die Behörden nach der

Vertragsschließung ein Jahr brauchen, um eine Arbeitserlaubnis auszustellen: Die bürokratischen Hürden müssen minimiert werden. Zuwanderer werden Länder bevorzugen, in denen sie sich mit ihren Familien dauerhaft niederlassen können und wo sie umfangreiche Angebote zur schnellen Integration erhalten.

AGABY FORDERT:

- ➔ Die Potenziale von geflüchteten Menschen auf dem Arbeitsmarkt müssen genutzt werden. Arbeitskräfte, die bereits da sind, müssen Vorrang genießen (Spurwechsel).
- ➔ Das Chancen-Aufenthaltsrecht muss auch in Bayern konsequent umgesetzt werden. Eine Ausweitung auf weitere Personengruppen wäre wünschenswert.
- ➔ Die Visaverfahren und die Ausstellung der Aufenthaltstitel müssen beschleunigt und verbessert werden.
- ➔ Die Anerkennung ausländischer Qualifikationen muss erleichtert und das Verfahren beschleunigt werden.
- ➔ Das Angebot von Anpassungsqualifizierungen muss erweitert werden.

23

- ➔ Sprachkurse und Sprachtrainingsangebote sind vermehrt auch am Arbeitsplatz anzubieten.
- ➔ Sprachkurse müssen für alle Familienmitglieder zugänglich sein.
- ➔ Auch die Beratungs- und Integrationsangebote für die Familienmitglieder sind zu erweitern.
- ➔ Für Ehepartner*innen der eingewanderten Arbeitskräfte ist mit sofortiger Wirkung eine Arbeitserlaubnis zu erteilen.
- ➔ Kommunen, Schulen und Kindertagesstätten müssen bei der Integration der Arbeitskräfte und ihren Familien mehr Unterstützung erhalten.
- ➔ Beratungsangebote und ein verbesserter Schutz vor Rassismus und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt (bei Bewerbungen, am Ausbildungs- und Arbeitsplatz, bei Gehältern) müssen etabliert werden.
- ➔ Um eine flächendeckende Beratungsstruktur für Fachkräfte und ihre Anerkennungsverfahren zu etablieren, muss für die eingestellten IQ-Programm-Angebote (z.B. Talentscouts) ein Ersatz etabliert werden.

FORDERUNG 6

Verwaltung

Unsere Gesellschaft verändert sich: demografischer Wandel, damit verbunden Fachkräftemangel, Digitalisierung, Folgen der Globalisierung, Etablierung einer Einwanderungsgesellschaft.

Eine moderne öffentliche Verwaltung kann nur bestehen, wenn sie Teil dieser Entwicklung bleibt. Die interkulturelle Öffnung gehört zu den wichtigsten Schritten auf dem Weg zu einer Verwaltung, deren Dienstleistungen den Bedürfnissen einer Gesellschaft der Vielfalt entsprechen.

Besonders eklatant im öffentlichen Dienst ist die Unterrepräsentation von Bürger*innen mit Migrationsgeschichte. Viele Migrant*innen sind zudem eher in Arbeitsbereichen wie Gartenbau, Küchendienst und Straßenreinigung und auf unteren Ebenen zu finden, weniger etwa im Personalamt oder bei den Führungskräften. Bei der Personalauswahl wird derzeit zu viel Wert auf formale Qualifikationen gelegt, die Gewichtung von Mehrsprachigkeit und interkultureller Kompetenz wird vernachlässigt. Es ist wünschenswert, dass Diversität und die Zugehörigkeit zu mehreren Kulturkreisen als Normalität und Chance und nicht mehr als Defizit angesehen werden. Das Ziel muss eine von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung geprägte Atmosphäre unter den Mitarbeiter*innen sein.

FÜR DIE VIELFALTGESELLSCHAFT FORDERT AGABY EINE BÜRGERFREUNDLICHE VERWALTUNG:

- ➔ Kommunikationsbarrieren mit den Behörden sind durch Mehrsprachigkeit und durch Verwendung leichter bzw. einfacher Sprache abzubauen.
- ➔ Die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter*innen muss gestärkt werden.
- ➔ Integration muss zur Pflichtaufgabe der Kommunen werden, was auch die entsprechende Unterstützung durch Landesmittel einschließt.
- ➔ In den Verwaltungen, auch in den Ministerien und Landesbehörden, müssen Diversitätsmanagement und interkulturelle Öffnung konsequent durchgesetzt werden.
- ➔ Damit verbunden muss der Anteil der Mitarbeiter*innen mit Migrationsgeschichte in allen Verwaltungen messbar erhöht werden.
- ➔ Die Ausländerbehörden und Einbürgerungsstellen müssen personell besser aufgestellt werden, um lange Wartezeiten zu vermeiden und mehr Kundenfreundlichkeit zu ermöglichen.
- ➔ Die Ausländerbehörden müssen zu Willkommenszentren umgebaut werden.
 - Interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit müssen bei den Ausländerbehörden und allen Stellen mit Publikumsverkehr gewährleistet sein.
 - Ämter sollen für Quereinsteiger*innen geöffnet werden, um das Personal schneller diverser zu machen.

- ➔ Rassismuskritische Kommunikation muss zum festen Bestandteil der Ausbildung in der Ausbildung der Verwaltungskräfte werden.
- ➔ Fortbildungen zur rassismuskritischen und interkulturellen Kommunikation müssen für alle Mitarbeiter*innen der Verwaltung verpflichtend eingeführt werden.

FORDERUNG 7

Wohnen in Vielfalt

Der Wohnungsmarkt ist extrem angespannt. Die Preise steigen stetig und der soziale Wohnungsbau ist viele Jahre vernachlässigt worden. So ist eine enorme Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum zu beobachten. Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte gehören oft zu den Verlierern. Oft führen rassistische Vorurteile dazu, dass allein ein ausländischer Name (trotz Dokortitel und gesichertem Einkommen) ausreicht, um keine Chance zur Wohnungsbesichtigung zu bekommen. Gleichzeitig verfügen ausländische Studierende, Geflüchtete oder Alleinerziehende nicht über die langfristigen finanziellen Sicherheiten, die private Vermieter*innen haben möchten. Eine Wohnungspolitik, die angemessenen Wohnraum in sozialfunktionierenden Stadtteilen und Wohnquartieren für alle absichert, ist eine Grundvoraussetzung für sozialen Frieden und ein Standortfaktor für die Anwerbung und Integration der dringend benötigten einwandernden Arbeitskräfte.

AGABY FORDERT:

- ➔ Ein Konzept zum Ausbau von bezahlbaren Sozialwohnungen und zur effektiven Mietpreiskontrolle muss erstellt und umgesetzt werden.
- ➔ Rassistische Vorfälle auf dem Wohnungsmarkt sind aufzuklären und zu ahnden.
- ➔ Stadtteilarbeit und Konfliktmoderation in Wohnvierteln mit diverser Bevölkerung sollen gestärkt werden.
- ➔ In Wohnquartieren sind freie Räume für die Förderung von gesellschaftlichem Zusammenhalt durch Landesförderung zu forcieren.
- ➔ Vulnerable Gruppen müssen auf dem Wohnungsmarkt besonders berücksichtigt werden: geringverdienende Familien, Studierende, Geflüchtete, verarmte Senior*innen.

FORDERUNG 8

Kunst und Kultur

Kultur ist der beste Brückenbauer. Ob Essen, Musik, Tanz, Kunst, Theater oder Filme: Zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft schafft die Kultur schnell eine erste Brücke. Die Menschen in Bayern, ob mit oder ohne Migrationsgeschichte, lieben ihre regionalen Traditionen. Sie lernen aber auch gerne „fremde“ Kulturen kennen, auf Reisen oder daheim, in interkulturellen Vereinen oder Freizeiteinrichtungen. In keinem gesellschaftlichen Bereich wird Vielfalt als so selbstverständlich wahrgenommen wie im kulturellen Leben. Einwanderern wird das Ankommen in Deutschland erleichtert, wenn sie hier die Möglichkeit bekommen, die identitätsprägenden Traditionen ihrer Kindheit weiter zu pflegen und diese mit anderen zu teilen. Durch Vielfalt und gegenseitige Offenheit und Austausch entsteht eine neue, verbindende bayerische Kultur.

Einwanderung und Migration bereichern seit Jahrhunderten das kulturelle Leben in Bayern. Viele Elemente wurden inzwischen so verinnerlicht, dass sie gar nicht mehr als „fremd“ wahrgenommen werden. Es reicht, einen Blick auf den Mittagstisch einer durchschnittlichen bayerischen Familie oder in das Programmheft von

Konzerten zu werfen. Im Bereich der Soziokultur waren internationale Elemente von Anfang an sinnstiftend. Auch in der „Hochkultur“ wird die hiesige Kulturlandschaft durch immer mehr Künstler*innen mit Migrationsgeschichte bereichert. In der Zeit der Pandemie wurde besonders klar, wie wichtig Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist und welche tiefgreifenden Probleme der Wegfall kultureller Begegnungen verursacht. Umso wichtiger ist es, kulturelle Vielfalt und Interkulturalität in Bayern sichtbar zu machen und zu fördern. Für Geflüchtete sind Kunst, Musik oder andere Formen des künstlerischen Schaffens oft ein wichtiger Weg bei der persönlichen Verarbeitung traumatischer Erlebnisse. Sie helfen auch, das Erlebte ohne Sprache darzustellen, aber auch Empathie bei anderen zu erwecken.

AGABY FORDERT:

- ➔ Für geflüchtete Künstler*innen und Kulturschaffende sollen mehr Stipendien und Fördermöglichkeiten etabliert werden.
- ➔ Kulturelle Vielfalt soll in kulturellen Einrichtungen und Museen sichtbar gemacht und gezielt unterstützt werden.
- ➔ Die interkulturellen Einflüsse auf das bayerische Kulturleben sollen aufgezeigt und der Öffentlichkeit präsentiert werden.
- ➔ Programme für eine bessere Unterstützung von Vereinen, Einrichtungen im Bereich der Sozio- und Interkultur sind zu erarbeiten.
- ➔ Landesförderung für interkulturelle Arbeit dient auch als Anreiz für Kommunen, Strukturen und Ressourcen in diesem Bereich sollen ausgebaut werden.

FORDERUNG 9

Soziales

Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Die Krisen der letzten Jahre haben die Situation weiter verschärft. Die Schwächsten unserer Gesellschaft treffen die Folgen von Corona und des Ukraine-Krieges am heftigsten. Die vorhandenen finanziellen Hilfsangebote sind gut, reichen aber oft nicht aus. Für Menschen, die ihr Zuhause verloren haben, braucht es eine ganzheitliche Unterstützung, um aus der Negativspirale wieder herauszukommen.

Armut ist oft weiblich und trifft oft Menschen mit Migrationsgeschichte. Sprachbarrieren verhindern häufig, die richtige Hilfe in prekären Situationen zu finden. Für viele Menschen mit Migrationsgeschichte sind ihre Gesundheitsversorgung und die Pflege im Alter prekär, weil großfamiliäre Unterstützungsstrukturen wegbrechen.

AGABY FORDERT:

- ➔ Für Menschen, die in Armut leben, müssen die Unterstützungsangebote ausgebaut werden.
- ➔ Landesprogramme, die den Ausstieg aus der Wohnungslosigkeit erleichtern, müssen geschaffen werden.
- ➔ Programme der Gesundheitsförderung für ältere Migrant*innen sind zu etablieren.
- ➔ Immer mehr Migrant*innen brauchen Pflege und Betreuung in Seniorenheimen. Die Pfleger*innen müssen diesem Bedarf entsprechend kultursensibel ausgebildet werden. Besondere Rücksicht verdienen ältere Menschen der ersten Generation, die die deutsche Sprache nicht gelernt oder vergessen haben (z.B. aufgrund von Demenz).
- ➔ Die Arbeit der Frauenhäuser muss abgesichert werden.

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:

Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-,
Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns e. V.
Landesgeschäftsstelle | Fürther Straße 22, 90429 Nürnberg
Vertreten durch Fr. Mitra Sharifi-Neystanak (Vorsitzende)

KONTAKT:

Tel: 0911-923 189 90 | agaby@agaby.de | www.agaby.de
📘: facebook.com/agabyev, 📷: instagram.com/agaby.bayern

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der
Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Inte-
grationsbeiräte Bayern e.V.; sie wird kostenlos abgegeben
und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

GESTALTUNG:

www.gestaltgebung.eu

Herausgegeben im Mai 2023

AGABY

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte
Bayerns e. V.

www.agaby.de